

Forschung in der Grünen Gentechnik unverzichtbar

Für Forschungsfreiheit und Freilandversuche - Forschungsstandort Deutschland stärken - DFG und DLG stellen Memorandum vor

Gemeinsame Pressemitteilung von Deutscher Forschungsgemeinschaft (DFG) und Deutscher Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG)

13. Mai 2009

Wissenschaft und Wirtschaft in Deutschland fordern verlässlichere rechtliche und politische Rahmenbedingungen und ein aufgeschlosseneres gesellschaftliches Klima, um die Chancen der Grünen Gentechnik besser nutzen zu können. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) stellten dazu am 13. Mai in Berlin ein gemeinsames Memorandum vor, das die Situation der Forschung zur Grünen Gentechnik in Deutschland in den Mittelpunkt rückt. Die Forschungen auf diesem zukunftssträchtigen Gebiet würden durch sachfremde politische Entscheidungen wie beim aktuellen Verbot des Genmais-Anbaus und durch die rechtswidrigen Zerstörungen von Freilandversuchen immer stärker beeinträchtigt. "Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Hochschulen, öffentlichen Forschungseinrichtungen und mittelständischen Unternehmen sehen sich deshalb zunehmend gezwungen, ihre Forschungsvorhaben im Bereich der Grünen Gentechnik einzuschränken oder ganz aufzugeben. Es besteht die Gefahr, dass damit in Deutschland eine wichtige Forschungsrichtung verloren geht", kritisieren DFG und DLG.

Das Memorandum, das auf Initiative der DFG-Senatskommission für Stoffe und Ressourcen in der Landwirtschaft und der DLG entstanden ist, ruft mit Nachdruck zu einer Umkehr auf. "Politik und Gesellschaft sollten ein hohes Interesse daran haben, dass Deutschland auch in der Forschung zur Grünen Gentechnik wieder eine Spitzenposition einnimmt und so seiner Verantwortung in der internationalen Gemeinschaft gerecht werden kann." Nur so ließen sich die enormen Potenziale der Grünen Gentechnik für eine ausreichende Versorgung der Menschheit mit gesunden Nahrungsmitteln, für eine umweltfreundliche Energieerzeugung und für die Bewältigung des Klimawandels nutzen.

Der Präsident der DFG, Professor Matthias Kleiner, betonte bei der Vorstellung des Memorandums die Bedeutung der Grundlagenforschung für die Nutzung der Grünen Gentechnik. Zugleich sprach sich Kleiner für mehr Freilandversuche aus. "Um das genetische Potenzial unserer Nutzpflanzen weiter auszuschöpfen, ist vor allem Grundlagenforschung nötig, die sich des gesamten Repertoires an modernen Züchtungsmethoden bedienen darf - nicht nur im Labor, sondern auch im Freiland. Um zu erkennen, wie sich Pflanzen unter realen Bedingungen verhalten, sind Freilandexperimente unverzichtbar", sagte der DFG-Präsident. Die Wissenschaft sei in einer besonderen Verantwortung, wenn

es um die Beurteilung der Chancen und Risiken der Grünen Gentechnik und vor allem um die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen gehe. "Dieser hohen Verantwortung sind sich unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bewusst, und sie nehmen sie sehr ernst", unterstrich Kleiner. Dem hohen Verantwortungsbewusstsein müsse jedoch ein ebensolches Maß an Freiheit entsprechen.

"Verantwortung und Freiheit sind in der Grundlagenforschung untrennbar verbunden." Die Forschungsfreiheit dürfe keinem Wahlkampf zum Opfer fallen, vielmehr müssten die Wissenschaftler in ihrer Forschungsfreiheit und ihren elementaren Grundrechten gestärkt werden. Ausdrücklich begrüßte der DFG-Präsident den vom Bundesforschungsministerium vorgeschlagenen "Runden Tisch" von Wissenschaft und Politik zur Grünen Gentechnik: "Ich hoffe, dass die Diskussion damit versachlicht wird und dass die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker den Argumenten der Wissenschaft in dieser Sache folgen werden."

DLG-Präsident Carl-Albrecht Bartmer verwies mit Blick auf das anhaltende Wachstum der Weltbevölkerung auf die Notwendigkeit, die Flächenproduktivität im Ackerbau zu erhöhen. Dies sei dringend erforderlich, da die weltweit verfügbaren, fruchtbaren Agrarflächen nur unwesentlich vermehrt werden könnten und deren Ertragsfähigkeit sich durch klimatische Effekte verändern würde. "Wir müssen die Lehren aus Lampedusa ziehen und uns auch im gesättigten Deutschland der Herausforderung Welternährung stellen", betonte der DLG-Präsident. Numerisches und wirtschaftliches Wachstum der Weltbevölkerung hätten ebenfalls eine energetische Komponente. Biomasse werde im nachhaltigen Energiemix der Zukunft zusätzliche Freiheitsgrade schaffen. Auch die industrielle Nachfrage nach auf Pflanzen basierenden Rohstoffen werde deutlich steigen. Für Bartmer sind dies Fakten, die alle für sich schon eine herausfordernde Nachfragedynamik auslösen. Alle drei Aspekte gemeinsam würden die Situation deutlich verschärfen. "Knappheiten auf den Weltagrarmärkten sind daher absehbar." Deshalb seien die Nutzung von Fortschritt und Innovation sowie die Förderung von Forschung wahrgenommene Verantwortung mit geopolitischer Dimension.

"Deutschland und Europa, privilegiert durch Know-how, Boden und Klima, aber vor allem durch eine hoch qualifizierte innovative Agrar- und Ernährungsbranche, stehen hier in besonderer Verantwortung", betonte Bartmer.

Die Tübinger Entwicklungsbiologin und Medizin-Nobelpreisträgerin Professor Christiane Nüsslein-Volhard äußerte sich bei der Vorstellung des Memorandums besorgt über die Folgen der aktuellen politischen Entscheidungen zur Grünen Gentechnik für den Forschungsstandort Deutschland. Vor allem das Verbot der Freisetzung von Genmais setze "ein erschreckendes Signal". Die Begründung des Freisetzungstopps beruhe auf wirklichkeitsfremden Tests, kritisierte die Wissenschaftlerin. Dagegen gebe es zahlreiche Untersuchungen, die von der EU, der DFG und dem Bundesforschungsministerium gefördert worden seien und keine Gefährdung von Mensch und Natur durch Genmais festgestellt hätten. Nun sei zu befürchten, dass sich viele innovative Forscher von Deutschland

abwenden. "Forschung ist international, und Einschränkungen hierzulande verhindern ja nicht den Fortschritt weltweit, sondern klinken die deutschen Forscher wie auch die Pflanzenzüchter aus dem internationalen Wettbewerb aus", unterstrich Nüsslein-Volhard: "Die Vorreiterrolle Deutschlands in der Pflanzenzüchtung, die ein großes Potenzial und damit Kapital unseres Landes darstellt, ist ernsthaft gefährdet." Nach Ansicht der Nobelpreisträgerin ähnelt die heutige Situation der Grünen Gentechnik der Gentechnik in der Medizin vor 25 Jahren. Auch in dieser Anfangsphase der Roten Gentechnik hätten nach irrationalen politischen Entscheidungen viele Forscher Deutschland verlassen und Pharmakonzerne Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. "Inzwischen ist bei der Anwendung der Gentechnik in der Medizin Vernunft eingetreten. Aber statt aus den Fehlern zu lernen, werden sie wiederholt", kritisierte Nüsslein-Volhard.

"Deutschland ist auf Innovationen angewiesen und lebt von Hochtechnologieprodukten sowie vom schnellen Transfer von Forschungsergebnissen aus der Wissenschaft in die Wirtschaft". Darauf verwies Dr. Arend Oetker. Gleichzeitig machte der Präsident des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft deutlich, dass in der "Hightech-Strategie für Deutschland" Innovations-Know-how aus Wirtschaft und Wissenschaft gebündelt werde. Ein schnellerer Transfer in die Praxis und bessere Produkte wären die Folge. Strategien zur Verbesserung der deutschen Position im Verhältnis zur internationalen Konkurrenz seien entscheidende Grundlagen für das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen Deutschlands. Die Verhinderung des Praxiseinsatzes der Grünen Gentechnik sowie die von vielen Politikern geschürten Vorbehalte und Ängste gegenüber der Grünen Gentechnik würden diese Anforderungen an Innovationen in beträchtlichem Maße konterkarieren. "Diesem stellen wir uns gerade in Zeiten der schwersten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren mit Nachdruck entgegen." Mit Blick auf den Verbrauchernutzen seien Produkte aus der Grünen Gentechnik in der Entwicklung, die voraussichtlich in den nächsten zehn Jahren auf den Markt kommen. So etwa verbesserte Nährstoffzusammensetzungen (Eiweiße, Aminosäuren, Vitamine etc.), die Eliminierung unerwünschter Eigenschaften (Allergene, Bitterstoffe, Toxine etc.) sowie die Förderung von Haltbarkeit/Lagerstabilität. Für ihn ist mit Blick auf die breite Öffentlichkeit Aufklärungsarbeit essenziell. Dr. Arend Oetker sieht die Notwendigkeit einer zielgruppengerechten Kommunikation zur Vertiefung der Zusammenhänge, die bereits in der Schule und an den Universitäten beginnen müsse. Dies ist in seinen Augen unverzichtbar, damit Innovationen in allen Forschungsbereichen vorangetrieben werden können. "Dies ist für die Sicherung des Standortes Deutschland und für die Aufrechterhaltung unseres Wohlstandes zentral."